Freistaat übernimmt Kommunale Realschule in Prien

Kreistag billigt Verhandlungspaket mit zwei Gegenstimmen – Leidenschaftlicher Appell der Schulleiterin

Rosenheim/Prien – Gegen zwei Stimmen hat der Kreistag in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, die Kommunale Realschule in Prien in die ebenfalls in der Marktgemeinde befindliche Staatliche Realschule überzuführen. Die Trägerschaft des Kreises für die Bildungseinrichtung endet mit dem Schuljahr 2023/2024, bereits ab dem Schuljahr 2022/2023 werden in der fünften Jahrgangsstufe keine Schüler mehr aufgenommen.

Die Kommunale Realschule wurde im September 1976 von der Marktgemeinde gegründet, weil der Freistaat Bayern damals den Neubau einer neuen Realschule verweigerte, obwohl der Schülerandrang immer größer wurde. Bereits seit Dezember 1977 beteiligte sich der Kreis an den Kosten für die Schule, 1990 übernahm er die Trägerschaft komplett.

Landrat Otto Lederer (CSU) erhielt im Kreistag viel Lob dafür, dass er die jetzt abgesegnete Lösung mit dem Freistaat aushandelte. Bereits vor seiner Zeit gab es Versuche, eine solche Zusammenlegung herbeizuführen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch.

Dem Landrat war vor allem wichtig, dass ein möglichst reibungsloser Übergang erfolgen kann und das kommunale Lehrpersonal eine berufliche Perspektive hat. Die sei derzeit sehr gut, betonte Lederer. Erste Gespräche mit Blick auf die Weiterbeschäftigung des Lehrpersonals habe er bereits geführt.

Sein besonderer Dank galt unter anderem dem Landtagsabgeordneten Klaus Stöttner (CSU), der ihn bei seinen Bemühungen um die Überführung der Schule tatkräftig unterstützt habe. Stöttner sprach im Kreistag von einer „sehr eleganten Übergangslösung", die er sehr begrüßte. „Die Verantwortung für die Schule ist beim Staat gut platziert und schafft Entlastung für den Landkreis", so der Abgeordnete. 2020 musste sich der Landkreis beispielsweise mit 1,6 Millionen Euro an den Personalkosten beteiligen, während das Land nur 1,2 Millionen Euro trug.

Zum Verhandlungserfolg beglückwünscht wurde Lederer von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Alexandra Burgmaier. Zugleich übte sie deutliche Kritik am Freistaat. „Der hat sich hier auf Kosten unserer Region ziemlich lang einen schlanken Fuß gemacht."

Schulleiterin Andrea Dorsch wandte sich vor der Abstimmung mit einem leidenschaftlichen Appell an das Gremium. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder auf eine glückliche Schulzeit zurückschauen können. Geben Sie denjenigen, die dort noch drei Jahre lernen, nicht das Gefühl, ein Auslaufmodell zu sein."

NORBERT KOTTER

Oberbayerisches Volksblatt Nr. 144 - Seite 14 vom 26./27. Juni 2021